Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 73 (1979)
Heft: 6

Artikel: Brief aus Washington : Harrisburg ein "technologisches Vietnam"
Autor: Berger, Roman
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142787

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROMAN BERGER

Brief aus Washington

Harrisburg ein «technologisches Vietnam»

«Wir tappen fast völlig im Dunkeln», gestand der Vorsitzende der amerikanischen Atomkommission, Joseph Hendrie, auf dem Höhepunkt der Beinahekatastrophe von Harrisburg in Diskussionen mit seinen Kollegen. Die Gespräche während den Krisensitzungen der obersten Aufsichtsbehörde für Atomenergie, die auf Tonband aufgezeichnet wurden und auf Anweisung eines Kongreßausschusses veröffentlicht werden mußten, könnten sich einmal im Rückblick als Zeitdokument ganz besonderer Art erweisen.

Verwirrung und Hilflosigkeit herrschten unter Amerikas Atomkommissaren, jenen gleichen Experten, die jahrelang Zweifler und Kritiker an der Atomenergie als Hinterwäldler und Subversive abgetan hatten. Harrisburg hat nicht nur die Zukunft der Atomenergie in Frage gestellt, sondern auch Zweifel an der Wissenschaft und an einer vor allem in den USA verbreiteten Denkhaltung schlechthin geweckt. Es ist die Auffassung, die Wissenschaft und Technologie hätten für alles eine Antwort. Die Ueberraschung von Harrisburg, plötzlich mit einer Gasblase konfrontiert zu werden, mit der kein Computer und keiner der zahlreichen «contingency plans» gerechnet hatte, ist symptomatisch für die Frustration einer Gesellschaft, die es gewohnt ist, die Dinge unter Kontrolle zu halten und Entwicklungen vorwegnehmen zu können, nun aber in der Energiekrise plötzlich mit völlig neuen, unbekannten Variablen rechnen muß.

Amerikas Ausbildungssystem steht im Banne eines ausgeprägten Wissenschaftsglaubens positivistischer Art. John Dewey (1859 bis 1952), der wie kein anderer das amerikanische Erziehungswesen beeinflußt hat, sieht in der Wissenschaft (science = Naturwissenschaft) die alleinige Quelle für brauchbares und verläßliches Wissen. Philosophie und Metaphysik waren für ihn eitle Spekulation. Das unnütze Fragen nach letzten Gründen oder einem wahren Sein erschien ihm als Flucht vor der Realität. Dewey forderte die radikale Anwendung der wissenschaftlichen Methode auf alle Sparten menschlicher Erfahrung, also nicht nur in der Natur sondern auch im gesellschaftlichen und geistigen Leben.

Am Schluß der Vorlesung über amerikanische Außenpolitik eines jüngeren Politologen an der Columbia Universität in New York im Herbst 1976 war jeweils die Wandtafel wie nach einer Physik- oder Mathematikstunde voll von Kurven, Formeln und Statistiken. Außen-

politik ist gleich ..., und dann folgte eine Formel, die Faktoren wie das Kriegspotential sowie die Ideen der Staatsmänner des betreffenden Landes enthielt. Und als ein Student in einem anderen Kurs über amerikanische Innenpolitik auf die wachsende Entfremdung der Bevölkerung gegenüber dem politischen System aufmerksam machte, fragte der Professor zurück: «Wie können Sie das messen?» — Was nicht meßbar ist, gilt wissenschaftlich als nicht bedeutsam.

Dieser Typ von Politologen und Soziologen hatte in den von der Regierung und privaten Stiftungen finanzierten Studien während Jahren mit Modellen von «population control» und «counterinsurgency» vom grünen Tisch aus die wissenschaftliche Begründung für noch mehr Material und Menschen nach Vietnam geliefert. Nach diesem Denken hätte immer mehr «input» einmal notwendigerweise den gewünschten «output» bringen müssen. Die sozialrevolutionären und nationalistischen Impulse in Vietnam konnten nicht gemessen werden und waren deshalb irrelevant.

So erstaunt es auch nicht, daß im gleichen Schema denkende Analytiker des Geheimdienstes CIA und des «Nationalen Sicherheitsrates» im Fall Iran zu ähnlichen Fehlschlüssen gelangten. Noch bis kurz vor dem Fall des Schahregimes wurde der Iran in Washington als eine «Insel der Stabilität» und der «Demokratie» betrachtet. Und nun ist nur wenige Monate nach dem Iran-Debakel die amerikanische Oeffentlichkeit mit einer neuen Ueberraschung konfrontiert worden, diesmal im eigenen Land. Der Unfall in Harrisburg hätte laut der Bibel der «Nuklearen Priesterschaft», dem Rasmussen-Bericht (Risikoabschätzung für Kernkraftwerke unter der Leitung des MIT-Professors Norman Rasmussen), nie stattfinden dürfen.

Vietnam und Iran demonstrierten das Versagen der Polittechnokraten. In Harrisburg ist nun die eigentliche Technokratie in Frage gestellt worden, der Amerika seinen Aufstieg zur mächtigsten und reichsten Nation verdankt, die nun aber auch deutlich ihre Grenzen zeigt.

Harrisburg und die Atomenergie werden in den USA immer häufiger von Kritikern als «technologisches Vietnam» gesehen. Die Parallelen sind tatsächlich frappierend:

— Auch heute sieht sich die amerikanische Oeffentlichkeit einer vom quantitativen Denken beherrschten Technokratie gegenüber, die sich den dominierenden wirtschaftlichen und politischen Interessen gefügig zeigt.
— Wie zur Zeit des Vietnamkrieges wird die öffentliche Meinung manipuliert. Fakten werden verharmlost oder vorenthalten.
— Gegner und Kritiker dieser Technobürokratie gelten als suspekt oder werden als «Systemkritiker» verteufelt und oft von der Polizei beschattet. Eine Taktik, die nun allerdings nach Harrisburg und der

Massendemonstration vom 6. Mai in Washington nicht mehr so leicht anzuwenden sein dürfte.

Zu den schärfsten Kritikern «der Techniker des Apparates und der Macht» in den USA gehört der Linguistiker am MIT, Noam Chomsky. Die «liberale Intelligentsia», wie Chomsky die Technokraten nennt, hätte es wirksam verstanden, alle Machtfragen zu sogenannten rein technischen Problemen von Spezialisten und Experten zu reduzieren. Das Volk, weil nicht spezialisiert, werde möglichst ferngehalten. Es sei ihm nur erlaubt, bei den Wahlen ein Team von Technokraten durch ein anderes zu ersetzen. Und die Ideologie, die dieses System legitimiert, heißt in den Augen Chomskys Wissenschaft. Chomsky, der mit seiner revolutionären, aber höchst technischen Linguistik-Theorie weltberühmte Wissenschafter, und Chomsky, der beißende Kritiker der amerikanischen Politelite, scheint Amerikas Dilemma selber irgendwie zu verkörpern.

Chomsky bleibt aber ein Außenseiter. Die tonangebende Elite glaubt weiterhin an den «cultural lag». Sie sieht eine technische und eine soziale Seite der Zivilisation. Weil die Welt des technischen Fortschritts viel schnelleren Wandlungen unterworfen sei als die Gesellschaft, hinke diese dem Fortschritt nach. Diese Unausgeglichenheit der beiden Welten, der «cultural lag», sei die Ursache für die sozialen Konflikte, die nur durch rasche Anpassung überwunden werden könne.

Bezeichnend für dieses Denken sind nun jene zahlreichen Stimmen, die «Harrisburg» verharmlosen und sagen, gewisse Risiken seien nun eben als «facts of life» in Kauf zu nehmen. Eine Studie der amerikanischen Akademie der Wissenschaften berechnet den Anteil der jetzt lebenden Amerikaner, die an Folgen von künstlich verursachter radioaktiver Verstrahlung (aus KKWs beispielsweise) an Krebs sterben werden, auf ein halbes Prozent und bezeichnet das als «minimal». Dabei handelt es sich umgerechnet immerhin um über eine Million zusätzlicher Krebstoter, die durch Alternativlösungen, durch eine andere Wahl des Fortschritts, vermeidbar wären. Dieser Einwurf wird aber nicht erhoben, weil die Richtung des Fortschritts zum vornherein als gegeben betrachtet wird, in einem Fortschrittsdenken, das immer nur nach dem «know how» (wie), aber nicht nach dem «why» (warum) fragt.

Harrisburg ist nur ein Mahnzeichen in dem viel umfassenderen Kampf um die knapper werdenden Energiequellen, der letztlich in das Zentrum der amerikanischen Machtstrukturen zielt. Mit der Energiekrise wird nicht wie etwa bei der Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre nur ein Teil der Bevölkerung betroffen. Es geht nicht um eine kostspielige und moralisch verfehlte Außenpolitik wie im Vietnamkrieg. Mit der knapper werdenden Energie stehen die vitalen Interessen

aller Amerikaner auf dem Spiel. Der «amerikanische Traum» wird in Frage gestellt, der den Ueberfluß von materiellen Gütern verspricht, für alle, die sich nur darum bemühen.

Die Energieknappheit zwingt nun dieses System, sich zu entscheiden, ob Energie und Güter billiger oder teurer werden sollen. Ob die Gesellschaft sozialer oder ob die sozialen Ungleichheiten noch verschärft werden sollen. Ob die Gesellschaft demokratischer oder weniger demokratisch werden soll. Fundamentale gesellschaftspolitische Entscheide müssen gefällt werden, die man bisher in der Ueberzeugung, alles sei nur eine Frage, wie der Ueberfluß möglichst effizient auszunützen sei, umgehen zu können glaubte. Die Energieknappheit richtet sich gegen den amerikanischen Anspruch, soziale «equality» und wirtschaftliche «efficiency» in einer demokratischen Gesellschaftsordnung verwirklichen zu können. Der Angriff auf den «american way of life» bringt die Widersprüche zwischen der «efficiency» des Kapitalismus und der «equality» der Demokratie noch deutlicher zum Ausdruck.

Aus unseren Vereinigungen

Zivildienst in der Bundesrepublik Deutschland

Die Religiös-soziale Vereinigung durfte an ihrer Zusammenkunft vom 21. April 1979 in Zürich einen Gast aus der Bundesrepublik begrüßen: Dr. Guido Senzig, Syndikus i. R. aus Offenbach am Main. Als sozialistischer Katholik und Pazifist ist er seit seinen Studentenjahren in verschiedenen internationalen Friedensorganisationen tätig. 1967 gründete er die «ökumenische Aktionsgemeinschaft politischer Christen zur Sicherung des Friedens» und nannte sie nach dem päpstlichen Rundschreiben Pauls VI. «Societas Populorum Progressio». Dr. Senzig hat sich als wehrrechtlicher Spezialist in über 850 Einzelfällen junger Staatsbürger seines Landes angenommen, die von dem Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen nach dem Grundgesetz (Art. 4, Abs. 3) Gebrauch machten. Sein Bericht über das Prüfungsverfahren und die Praxis der Zivildienste in der Bundesrepublik schöpfte aus dieser Fülle von jahrelangen Erfahrungen.

In einem geschichtlichen Rückblick erinnerte der Referent an die Entwicklung des 1945 völlig entwaffneten Deutschen Reiches bis zur Wiederaufrüstung und zur Integration der neu erstandenen Bundeswehr in die NATO. Immerhin enthält das Deutsche Grundgesetz als einzige Verfassung der Welt den unmißverständlichen Anspruch auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit den Worten: «Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.» Dieses unabänderliche und unverzichtbare Grundrecht haben die Vä-